

Offener Brief an alle Bürger im In- und Ausland

Ausgang: An: BVerfG@bundesverfassungsgericht.de
Betreff: An alle Richter im Hause
Datum: Thu, 14 Jun 2018 14:48:20 +0200

Hans Bachmann
aus Jena

Anschrift gekürzt

Bundesverfassungsgericht (BVerfG)
Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe
Zur Bearbeitung (war: wegen Zuordnung AR600/17)

Keine weiteren Empfänger

Jena, 13.Juni 2018

Sehr geehrte Richterinnen und Richter am BVerfG in Karlsruhe,

unabhängig und dem Gesetz verpflichtet - gibt es keine andere Möglichkeit:

Ihnen Kenntnis über ein Schreiben zu geben, dass auch im Buch als erste Seite erscheint.

Aber auch keiner sagen kann, von nichts gewusst zu haben. Ich darf ihnen nicht vorschreiben, wie es in Arbeit zu bringen ist. Aber schon auffordern es in Arbeit bringen zu lassen. So wie es in deutschen Gesetzen niedergeschrieben wurde. Und auch ein Verstecken und Leugnung so unmöglich wird. Ihrem Haus sogar mehr das Recht einer Untersuchung zusteht → als Pflicht.

Zu verdanken haben sie es denen, die die Verantwortung zu unternehmen hätten. Die höchste Stelle hierzu ist der Bundespräsident. Er steht für das GG - nicht das Bundespräsidialamt. Entsprechende Schreiben sind ja bekannt. Auch jetziger in seinen vorherigen Funktionen - mit seinem Schweigen. Und somit einer rechtswidrigen Arbeitsaufnahme - mit Eid. Wenn aber Ihr Haus sich nicht an einfachste Grundregeln hält, macht dies nicht nur nachdenklich. Und fängt mit Artikel 1 im GG an. So das eigentlich von einem generellen Rücktritt Ihres Hauses, bis zur vollständigen Klärung, zu sprechen sein wird.

Typisch auch Ihr Urteil vom 12.Juni 2018. Sicher haben Bedienstete andere Pflichten und Aufgaben als nicht Bedienstete. Ändert aber nichts an der Tatsache, dass es hierfür Gründe gibt. Also am System etwas nicht stimmt. Und ihnen auch bekannt, dass **Vereinigungen** nichts bringen. Solange der Gesetzgeber und somit die Regierung ihren Pflichten gesetzgeberisch

nicht nachkommt. Und der eigentliche Abgeordnete (Volkvertreter) dem unterworfen ist. Da bewusst auf Crash gefahren (hinausgezögert), dann andere Entscheidungen unmöglich werden.

Ein weiteres typisches Beispiel, das von mir erstellte Buch: Am 12.04.2018 beim VLB erstmalig, als lieferbar, aufgenommen und eingestellt - hatte schon so eine Vorahnung. Aber nur von wenigen Aufgenommen, als auf unbestimmte Zeit nicht lieferbar, markiert. Was unmöglich sein kann, wer vom 12.04.2018 schreibt. Also vorhanden, aber nicht zu bekommen. Meine Recherchen zeigten: Hat nichts mit dem Thema zu tun. Ein generelles Problem in Deutschland. Also hier Statistik völlig falsch bewertet und dargestellt wird. Und die Regierung arbeitet zu 100% nach Statistiken. Liegt auch daran, dass wie bei Aldi und Lidl in jedem Laden die gleichen Produkte sein müssen. Hier fängt es an - die direkte Abhängigkeit der Klein- und Großhändler. Und die Bürger zahlen ja alles - bedingungslos. Logistik hier bewusst missachtet wird.

Auch ihr Urteil vom 13.Juni 2018, wo es um den Ausschluss der Mehrfachbefristung geht. Ihr Hinweis der Ausnahmen: **Sehr wenige Tage** und **kurze Dauer** sind undefinierte Begriffe ähnlich „aus einem wichtigen Grund“ Sicher teils berechtigt - aber zu 70% eine rechtswidrige Öffnung der Fortführung in gewohnter Weise. Ich denke es wurde verstanden. Die Ausmaße auch von Ihrem Hause keinesfalls erkannt wurden, sonst kämen nicht diese rechtswidrigen wenig durchdachten Aussagen. Theorie und Praxis sind eben 2 Welten. **Stützen** damit voll die verfehlte rechtswidrig geführte Politik. Denn ändern wird sich dort nichts. Zu eigenen Klagen nahm ich bereits Stellung - ändert dann auch nichts am System.

Auch der Etikettenschwindel der Regierung schwer zu rügen ist: Das neue **Teilhabe-gesetz**. Was ebenso konkrete Arbeitsmängel, der Konkretisierung mehrerer Begriffe, weiterhin aufweist. Teile im SGB IX und SGB XII hierzu neu gefasst und zugeordnet (getauscht, auch noch werden) wurden. Aber alle hilfsbedürftige Bürger keine Berücksichtigung finden. Obwohl dort Begriffe stehen, dass der Mensch im Vordergrund steht →keine Gleichbehandlung. Hier die einmalige Chance war, aber nur eine EU-Richtlinie - wegen fehlender genauer Definition - umsetzte. Es geht (nur) um Behinderte. Sicher auch sehr sehr wichtig, aber **sehr viele Jahre zu spät**. Streitet sich lieber auf Kosten seiner Bürger. Und füllt sich rechtswidrig eigene Taschen. Es kann nicht oft genug erwähnt werden. Probleme über Probleme, die es ja nach Aussage der Regierung in Deutschland überhaupt nicht gibt.

Die nächst höhere Stelle - damit überhaupt die Letzte - ist das BVerfG. Somit alle Dienstanweisungen, Merkblätter und sonstige Aufgabentrennungen aufgehoben sind. Auch nicht meine Aufgabe ist. Somit das Ansehen **Ihres Hauses** aufs schwerste angeschlagen ist. Abhängigkeiten stehen, da notwendige Gesetze nicht existieren bzw. Verantwortlichkeiten und Prüfungen entsprechend Gewaltenteilung nicht existieren. Bewusst nicht existieren. Der Rechtsstaat so nicht gegeben ist - sogar rechtswidrig steht. Auch der BT-Präsident intensiv eingebunden und infrage steht. Auch sein Vor Amt - nun fraglich.

Dieses Schreiben gibt ihnen die Macht entsprechende Antworten zu verlangen. Was letztlich nicht nur die Regierung tun wird. Da ist zu viel geschehen. Entbindet sie ebenso der begrenzten Pflichten ihrer Tätigkeitsbeschreibungen. Und natürlich ihrem Organigramm.

Dieser Schreiben ist auch ohne Unterschrift rechtsverbindlich. Kann bei Bedarf unterschrieben angefordert werden. Meine Person, als solche keine Rolle spielt. Bin nur der Erfassende der Jahre 1990 bis Ende 2017. Als Geschichtsaufzeichnung, was längst überfällig war. Sicher, die neue junge Generation ist weniger betroffen. Hat es nicht anders gelernt. Kennt es nicht anders. Auch nicht die neue Geldpolitik und Vergütungen, besonders die im Osten ins Abseits gestellten - mundtot machten. Da bereits schon regierungsmäßig gut erzogen ist.

Was soll dann die unsinnige Regierungsaussage: Recht geht vor Verwaltungsvorschrift. Für wen - nur für Flüchtende?? Denn andere Themen kennt man nicht. Dem Land geht es gut - wer es glaubt - ist aber schlecht beraten. Fordern Sie mich nicht heraus.

Hochachtungsvoll

Hans Bachmann

Jena,13.Juni 2018

Ende

Sollten keine Lösungen folgen, egal vorher, geht es als offener Brief an die Öffentlichkeit. Gerichtet an die, die glauben nach Dienstvorschrift - nicht weiterleiten zu müssen. Text wurde aus rechtlichen Gründen - auch nach Gesetz - zwingend notwendig.

Anhang: Erste Seite im Buch:

3 Worte - 3 Handlungen:

Bedrängung,

Nötigung,

Züchtigung.

Wie Deutschland sich abschafft

Und, alle machen mit - sind dem unterworfen.

Bewertungen, Aufdeckungen und gesetzeswidrige Handlungen - derer die uns zu schützen haben - Gesetzgeber mit praktizierter- und ausgeübter Politik.

Ja, im Buch steht Deutschland allein da - als eigenständiges Land. Mit eigenen Gesetzen. So wie es gegenüber seiner eigenen Bürgern - nach Grundgesetz (GG), weiteren Gesetzen und geschichtlicher Gegebenheiten zu sein hat. Vieles jedoch viel zu verfrüht. Sich auf der Weltbühne bewegt - aber überwiegend sein eigenes Volk vergisst. Europa sicher mit einer Stimme - sich zeigt. Der Lobbyismus aber - was nicht sein darf - als ständige Vertretung im Bundestag und seiner Länder: Wie zu arbeiten, zu handeln und zu entscheiden ist. Und das nicht nur von Deutschland aus.

Sehr weit von seinem Volk entfernt. Auch denen gewidmet - die glauben - in Deutschland geht es mit rechten Dingen zu - alles sei in Ordnung.

*Wie jetzt auch die Züchtigung aller Dieselfahrzeugbesitzer, die beim Kauf getäuscht - abgassaubere Autos kauften, gezwungen zu einem Software-Update. Was nicht den Erfolg, nach Stand der Technik, sogar eine vorzeitige Alterung auslöst: Damit alles erledigt - Autohersteller entlastet - und eine dem Gesetz nach rechtswidrige Verjährung Ende 2018 eintreten wird. Ausgelöst und Träger der Verantwortung - **die deutsche Bundesregierung**. Was auf jeden Fall durch **das BVerfG** - die Verjährung - zu stoppen ist. Es ist Mord gleichzusetzen - alle Bürger durch schädliche Abgase betroffen. Damit auch sämtliche Klimaabkommen völlig bedeutungslos - mehr zur Abzocke - geworden → Eigennutz, zum Nachteil seiner Bürger.*

Weitere Informationen zur Buchentstehung - mit Leseprobe - unter:

<https://www.pdf-archive.com/2018/06/18/deutschlands-dunkle-seite-2018-neu/deutschlands-dunkle-seite-2018-neu.pdf>

oder kürzer: document.li/tm9j → dort rechts auf Download. Auch Speichern möglich (34 Seiten;1,6MB).